





Antrag Nr. 14/294

öffentlich

Datum: 11.10.2019 **Antragsteller:** SPD, CDU

Umweltausschuss	13.11.2019	empfehlender Beschluss
Finanz- und Wirtschaftsausschuss	03.12.2019	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	09.12.2019	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	16.12.2019	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

Abfallvermeidung/-trennung; Haushalt 2020/2021

Beschlussvorschlag:

1.

Die Verwaltung wird gebeten, die Verwendung von Plastik, insbesondere die Verwendung von Einwegplastik (z.B. Verpackungen, Einwegbecher, Werbeartikel und Essensportionierungen etc.) zu reduzieren und dies bei der Beschaffung durch entsprechende Wertungskriterien zu berücksichtigen.

Dies gilt auch für die Beauftragung von Caterern und Kantinenbetreibern. Wenn keine Plastikvermeidung möglich ist, soll ein möglichst hoher Anteil von Recyclingprodukten eingesetzt werden.

Ebenso sind Werbeartikel zu vermeiden, die durch die Verwendung von elektronischen Bauteilen und Batterien zu gefährlichem Abfall werden.

2.

Für im Baubereich erforderliche Rückbaumaßnahmen sollen die anfallenden Massen in möglichst großem Umfang einer Wiederverwendung bzw. Wiederverwertung zugeführt werden. Eine getrennte Erfassung der verschiedenen Stofffraktionen ist bereits auf der Baustelle umzusetzen.

Zukünftig soll bereits in der Planungsphase ein Konzept zur Verminderung/Vermeidung von Baustellenabfällen erstellt werden, dessen Umsetzung in der Ausführungsphase dokumentiert werden soll.

4. Für die Umsetzung sind die erforderlichen zusätzlichen Mittel für die Einrichtung einer Gesamtkoordinationsstelle (Abfallbeauftragter) im Haushalt bereitzustellen.

5.

Die Verwaltung wird beauftragt, den politischen Gremien in regelmäßigen Vorlagen den Sachstand zur Umsetzung der Abfallvermeidungs- und Recyclingstrategie im LVR darzustellen.

Begründung:

Allein in Deutschland wurden in 2017 laut Medienberichten etwa 19 Millionen Tonnen Kunststoff produziert. Neben den negativen Umwelteinflüssen bei der Herstellung – von der Rohölgewinnung bis hin zum Weichmachereinsatz – bringt diese enorme Menge an Kunststoff das Problem der Entsorgung mit sich. Dabei werden den Sektoren "Verpackung und Bau" die Hälfte dieses Kunststoffverbrauchs zugeschrieben.

Nur 47% aller gesammelten Kunststoffabfälle werden laut Umweltbundesamt zu Recyclingprodukten verarbeitet.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, der Vermeidung von Plastikabfällen besonderes Gewicht beizumessen und dies im Verwaltungshandeln in geeigneter Art und Weise zu implementieren.

Der Bausektor gehört zu den ressourcenintensivsten Wirtschaftssektoren. Neben dem hohen Ressourcenverbrauch ist die Bauwirtschaft auch für einen sehr hohen Anteil an Abfallaufkommen verantwortlich. Allein im Jahr 2016 fielen in Deutschland 214 Mio. Tonnen mineralischer Bauabfälle an. Dieses Abfallaufkommen zu reduzieren, dazu sollte auch der LVR seinen Beitrag leisten.

Durch die Einrichtung einer Gesamtkoordinatorenstelle könnte LVR-weit eine konsistente Strategie zur Abfallvermeidung und –verwertung entwickelt und das zukünftige Verwaltungshandeln hierbei vereinheitlicht werden.

Frank Boss MdL Thomas Böll